

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Reich'schen Buchdruckerei (Sohrer D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
bei Bek. M. 1.80 m. Post-
zuschlag. Preise frei.
Preis einer Nummer
10 J.

In Fällen hoh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Ersetzung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Zustägerinnen
jederzeit entgegen.

Verantwortl. Hr. 4.
Herrmannstr. 24.
C. Reich'sche Buchdruckerei

Einzelnenpreis:
Die einseitige Beitzelle
oder deren Raum 25 J.,
Reklame-Zeile 80 J.,
Reklame-Anzeigen 100
Bros. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenfristung
20 J. Bei größeren
Anzeigen Fracht, der
im Falle des Rückver-
fahrens hinfallig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tage
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Fortfüh-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

№ 12.

Donnerstag den 16. Januar 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Dr. Dehlingers Etat-Rede.

Ueber den Stand der Staatsfinanzen kann ich hier die beruhigende Erklärung abgeben, daß diese bisher noch geordnet und gesund geblieben sind, daß das Betriebskapital der Staatshauptkasse noch in voller Höhe von 14 Millionen Mark vorhanden und der Staat ohne Aufnahme von fremden oder dauernden Schulden durchgekommen ist, abgesehen von den 10 Millionen, die die Wohnungskreditanstalt zu tilgen und zu verzinsen hat. Auch das Rechnungsjahr 1929 wird nicht unangenehm abschließen, allerdings nur mit Hilfe der aus den Ueberführungsjahren 1924 und 1925 geretteten Mittel, die für 1929 nur in geringem Masse noch benötigt worden sind. Es wird gelingen, auch für 1930 den nach dem Voranschlag vorliegenden Abmangel von 10,7 Millionen Mark in vollem Umfang abzumachen, wenn nicht ganz außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten. Vor Jahresfrist sind wir gelungen gewesen, die uns zulebende Postabfindung beim Staatsgerichtshof einzulassen. Das Verfahren darüber ist seither nicht vorangegangen. Das Reich hat es hinausgeschoben und will diese Angelegenheit in einem besonderen Abrechnungsgeleit regeln, was wir rechtlich nicht für zulässig halten. Die Schädigungen, die uns hier vom Reich zugefügt wurden, sind außerordentlich groß; es hat als Aufwertungsanleihe für die Postabfindung nur 14 Millionen Reichsmark genannt, während unser wohl begründeter Anspruch auf 250 Millionen Reichsmark geht, und selbst wenn man nach den Aufwertungsgrundlagen rechnen wollte, läme man auf mindestens 70 Millionen, wozu noch die Zinsen mit 1/2 Prozent seit dem Inflationsende kommen. In dem Entwurf des Personalplans für 1930 hat das Staatsministerium nur unbedingt notwendige Verbesserungen der Anstellung- und Gehaltsverhältnisse der Beamten ausgenommen. Wenn man mehr die Dürren decken wollte, um die es sich hier handelt, muß Ruhe eintreten. Das Staatsministerium hält es für unmöglich, in absehbarer Zeit noch weiteren Beamtenwünschen entgegenzukommen. Eine Reform der Beförderungsordnung muß abgelehnt werden. Auch Stellenbesetzungen müssen jetzt im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Die Entlohnung der Staatsbeamten zeigt ein unerfreuliches Bild. Seit einem Jahr zeigt sich eine Störung in der deutschen Volkswirtschaft durch die rasche Preissteigerung, die ohne Zweifel von längerer Dauer sein werde. Zur Frage der Einnahmen- und Ausgabenverteilung zwischen Staat und Gemeinden bemerkt der Finanzminister: In Württemberg wie in anderen Ländern wird selten ein Gemeindehaushalt beraten, ohne daß die Schuld für die hohen Steuern dem Staat, im besonderen dem Finanzminister zugeschoben wird. Es ist angelehnt meine besondere Sorge, daß ich den Gemeinden möglichst wenig Einkünfte zuwerfe und ihnen andererseits die größten Lasten aufbürde. Im Vergleich zu Preußen zeigt sich jedoch, daß in Württemberg der Staat 45 v. H. des gesamten Aufwandsbedarfs der öffentlichen Verwaltung auf sich nimmt, in Preußen dagegen nur 26 Prozent. Es geht daraus hervor, daß die Gemeinden in Württemberg nicht schlechter behandelt werden als anderswärts. Auch die Gesamtbelastung durch die Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuerabgaben- und Gewerbesteuer in Württemberg liegt nicht über, sondern eher unter dem Reichsdurchschnitt. Was in Württemberg bisher zu wünschen übrig blieb, war der Ausgleich innerhalb der Gemeinden. Auf diesem Gebiet hat sich ein Zurückbleiben Württembergs ergeben, das durch das Gesetz zur Verringerung der Landessteuerordnung und des Gemeindesteuergesetzes ausgeglichen werden soll. (Ein Gesetz, über das freilich noch zu reden sein wird und das für die städtischen Gemeinden direkt untragbar ist. Schriftl.) In seinen Schlussbetrachtungen für die Finanzminister u. a. aus, es sei vor allem zu warnen vor einer optimistischen Annahme, etwa aus Grund des Ablasses der letzten Jahre. In einem Optimismus dürfen wir uns bei der bedenklichen Abwärtsentwicklung der Reichsfinanzen nicht verführen lassen. Wer annehmen wollte, der Abmangel sei nur ein flüchtiger, dürfte keinesfalls weitere Ausgaben beantragen, er könnte lediglich eine Senkung der Steuerbelastung anregen. In der Steigerung der Beförderungsleistungen liegt hauptsächlich der Grund, warum die laufende Verwaltung zu einer Mißverwaltung geworden ist, die ihre Ausgaben nicht mehr voll aus ihren eigenen Einnahmen decken kann. Sobald die letzten Rezerden verbraucht sein werden, stehen wir bei den laufenden Deckungsmitteln vor einem Ausfall von solchem Ausmaß, daß es für die Zukunft nicht mehr abzusehen ist, durchzukommen, ohne daß man sich nach neuen Deckungsmöglichkeiten umsieht. Der Finanzminister schloß mit der Bitte an den Landtag: Lassen auch Sie Ihr ganzes Vertrauen darauf gerichtet sein, daß die Finanzen des Staates geordnet und gesund bleiben, denn das ist die Lebensfrage für unser Land.

Die Motive Schachts.

Zu dem Aufruf des „Vorwärts“ „Fort mit Schacht“ schreibt das demokratische „Stuttgarter Neue Tagblatt“: Die Wahrheit, wenn sie in diesem flammenden Aufruf nicht so vernachlässigt würde, müste lauten: „Weil wir durch Herrn Dillers Schändelverwundung unmittelbar am Rande des Abgrunds stehen“, aber indes die „Volkswirtschaft“ ist nun einmal im Auge. „Millionen gesellschaftlich organisierte Arbeiter, Millionen überzeugter Republikaner“ führen, tiefen, drohenden: „Fort mit Schacht!“ Wir möchten annehmen, daß nun angedacht des unzufriedenen, demagogischen Treibens die bürgerlichen Parteien erst recht es ablehnen werden, sich das Geseß des Handelns von der Sozialdemokratie vorschreiben zu lassen. Im Haag bei der deutschen Delegation und, man darf vielleicht auch hinzufügen, im Reichstagsklub, ist die Sozialdemokratie mit ihren Rednern, eine lex Schacht zu machen, inzwischen

ja auch bereits abgefallen. Die deutsche Delegation hat einschließlich ihres sozialdemokratischen Mitglieds Robert Schmidt von einer Herabsetzung des Reichsbankzinses, soweit sie die Verfassung des Reichsbankpräsidenten angeht, Abstand genommen. Der Reichsbankpräsident Dr. Hildebrand hat sogar, wie mehrfach aus dem Haag gemeldet worden ist, erklärt, daß er eine Finanzreform im Einvernehmen mit Dr. Schacht durchzuführen könne und auf die Erhaltung der Unabhängigkeit der Reichsbank entscheidenden Wert lege. Sollte diese Voraussetzung beseitigt werden, so würde er nach der Rückkehr aus dem Haag seine Demission vorlegen. Damit ist noch vor den Polanen-ationen des „Vorwärts“ der sozialdemokratische Plan, Herrn Schacht zu kürzen, wohl mißlungen.

Die „V.Z.“ hat nach Beobachtungen im Haag den Eindruck, daß schon dieser Versuch an die Grundlage der Regierungskoalition rühre. Wir haben nach dem, was wir hier in Berlin sehen, denselben Eindruck. Diese ganze sozialdemokratische Aktion ist groß mechanisch, rein demagogisch. Sie ist ganz auf dem Fidei-Standpunkt aufgebaut, der nur Enten und Engel kennt. Was sind die letzten Motive für Schachts Kalkül im Haag gewesen? Man hat ihn, und vergedenet. Die „Germania“, die uns, weiß heute die richtige Richtung: „Der Reichsbankpräsident wollte in der Zeitung der V.Z. unbeschäftigt mit den Kompromissen und Angelegenheiten der Doaner Konferenz erscheinen. Er hätte“, heißt es dort, „dann nämlich ganz andere Möglichkeiten, hinsichtlich unabhängiger Reparationspolitik zu treiben, als wenn er sich durch eine Zustimmung zu allen Beschlüssen schuldig hätte. Ueber die Reparationsfrage wird im Haag ja wohl nicht das letzte Wort gesprochen worden sein und bei dem Eintreten von Schwierigkeiten hätte dann Schacht die Bewegungsfreiheit, um gewisse Fragen neu aufzurufen.“

Ein Verleumdungsprozess Hitlers.

Der durch eine Nachricht der „Münchener Telegrammzeitung“ über ein angebliches Ultimatum Hitlers an den ehemaligen Kronprinzen von Bayern ausgelöste Verleumdungsprozess gegen den Schriftleiter der „Telegrammzeitung“, Karl Maib, hat vor dem Amtsgericht München unter großem Andrang des Publikums begonnen. Die „Telegrammzeitung“ hatte am 1. November 1929 unter der Überschrift: „Hitler bedroht den Kronprinzen“ behauptet, daß Hitler am 27. Oktober ein berechnetes Ultimatum an den Kronprinzen richtete und von ihm eine mit den Tatsachen nicht übereinstimmende Erklärung über seine ablehnende Haltung zum Volksbegehren forderte. Für den Fall, daß diese Erklärung nicht gegeben würde, habe Hitler mit dem härtesten Kampf gegen den Kronprinzen und gegen die monarchistische Idee gedroht. Hitler hatte ein solches Ultimatum in Abrede gestellt und gegen die Zeitung geklagt. In Beginn der Verhandlung betritt er auf das entscheidende, irgend jemand zum Kronprinzen geschickt oder sonstwie gedroht zu haben. Von den vernommenen Jungen befandete Oberst von Venz, daß er schon im August den Kronprinzen von dem bevorstehenden Volksbegehren unterrichtet habe. Der Kronprinz sei von der Aktion zwar erregt gewesen, habe aber erklärt, daß er persönlich sich nicht daran beteiligen werde, da er über den Parteien stehen wolle. Der Junge führt zu dem Reichstag berichte von einem Gespräch mit dem Kronprinzen: Dieser habe damals gesagt, daß Hitler sehr erregt über eine Erklärung des Reichstagsabgeordneten Loibl gewesen sei und verlangt habe, daß von seinen des Kronprinzen Kabinets unbedingt eine Stellungnahme erfolgen müsse, widrigenfalls Hitler mit seiner ganzen Macht gegen den Kronprinzen und gegen die monarchistische Idee Stellung nehmen würde. Der wesentliche Inhalt der Veröffentlichung der „Telegrammzeitung“ sei nach seiner Kenntnis der Dinge durchaus richtig gewesen. Der nächste Junge, der Kabinetschef des ehemaligen Kronprinzen, Graf Soden, berichte von dem verheerenden Interventionsgeschehen des genannten Reichs. Wörtlich habe Reich am 27. Oktober bei einem Telefongespräch dem Jungen gegenüber angeführt: „Ich habe von Hitler offiziell — wohl gemerkt ganz offiziell — den Auftrag erhalten, Ihnen, Herr Graf, zu sagen, Hitler müsse annehmen, daß die Volksliche Erklärung im Auftrag des Kronprinzen ergangen sei und daß damit ein Dolchstoß des Kronprinzen gegen Hitler und seine Bewegung vorliege. Er werde daraus die Konsequenzen ziehen und den Kronprinzen in der Öffentlichkeit scharfsten belästigen, wenn vom Kronprinzen nicht bis heute abend 11 Uhr eine von Hitler schriftlich formulierte Erklärung veröffentlicht würde.“ Reich habe sodann den Wortlaut dieses von Hitler gewünschten Dementis mitgeteilt. Der Junge Graf Soden bemerke hierzu, er habe sich geweigert, diese Mitteilung an den Kronprinzen überhand weiter zu leiten, und als Reich neuerdings in ihn gedungen sei, habe er erwidert: „Eine solche Unverschämtheit ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen.“ Das will also der Monarchist Hitler sein. Der Teufel soll den Hitler und auch alle holen!“ In der weiteren Zeugenvernehmung verlor der Junge Carl Anton Reich den Wortlaut seines Briefes an den Kronprinzen nach Verheerungen, in dem er ihn beschwor, sofort ein Dementi der Erklärung Loibls zu veröffentlichen. Der Junge gab weiter an, daß er dem Grafen Soden gegenüber bei einer telefonischen Unterhaltung über das Dementi hervorgehoben habe, daß er im offiziellen Auftrag Hitlers nur zwei Sätze mitteilen habe: „Es interessiere Herrn Dillinger nicht im geringsten, was Herr Loibl noch zu der Sache sagen könnte; es interessiere Herrn Dillinger ausschließlich, was das Kabinett dazu sage. Von einer Veröffentlichung sei keine Rede gewesen. Junge Graf Soden erklärte auf Befragen, ob das Kabinett zum Artikel der „Telegrammzeitung“ nichts unternommen habe, daß er keinen Anlaß habe, etwas zu unternehmen, weil der wesentliche Inhalt des Artikels richtig gewesen sei. Der Artikel der „Telegrammzeitung“ sei

nicht von ihm und nicht von einem Herrn des Kabinetts verfaßt. Daraus erhob der Verteidiger des Schriftleiters Maib Widerlage gegen Dillinger wegen beidseitiger Ausbrüche in dem Artikel des „Völkischen Beobachters“ vom 16. November 1929. Die Urteilsverhandlung erfolgt am Freitag, den 21. Januar, vormittags.

Erklärung des bayer. Ministerpräsidenten zur Flaggfrage.

München, 14. Jan. Der Verfassungsminister des Landtags beehrte sich heute nachmittag mit einem sozialdemokratischen Antrag, wonach die Regierung anordnen soll, daß bei Reichsanlässen die Staatsgebäude auch in den Farben Schwarz-rot-gold beflaggt werden. Ministerpräsident Dr. Held erklärte, daß das Beflaggen der Zivil- und Staatsgebäude mit den bayerischen Farben einer Uebung entspreche, die seit der Gründung des Reiches überhaupt bestche. Diese Uebung widerspreche in keiner Weise dem Geist und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung. Nach der bayerischen Verfassung, so führt der Ministerpräsident fort, sind die bayerischen Farben weiß-blau-rot-schwarz. Diese Uebung widerspreche in keiner Weise dem Geist und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung. Nach der bayerischen Verfassung, so führt der Ministerpräsident fort, sind die bayerischen Farben weiß-blau-rot-schwarz. Diese Uebung widerspreche in keiner Weise dem Geist und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung. Nach der bayerischen Verfassung, so führt der Ministerpräsident fort, sind die bayerischen Farben weiß-blau-rot-schwarz. Diese Uebung widerspreche in keiner Weise dem Geist und dem Wortlaut der Weimarer Verfassung.

Von Kommunisten niedergebrosen.

Berlin, 15. Jan. In den letzten Nachstunden von Dienstag auf Mittwoch drangen mehrere bewaffnete Kommunisten in die Wohnung eines nationalsozialistischen Führers in der Frankfurterstraße unter dem Vorwand, ihn freizusetzen zu wollen. Die Kommunisten überfielen den Nationalsozialisten und schloßen ihn auf der Stelle nieder. Der Nationalsozialist ist, wie durch ein Wunder, nicht gleich getötet worden. Er wurde aber schwer verletzt und an seinem Ankommen wird gezweifelt. Die Täter entkamen in einem dröhnenden Auto.

Verfassungskonkurrenz mit VöH.

Berlin, 15. Jan. Der Berliner „Völkische Wache“ behauptet: Zwischen einigen Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums und Herrn VöH oder dem Magistrat schwebten Verhandlungen mit dem Ziel, ein Verfassungskonkurrenz zu bringen. Unter Bewahrung einer bestimmten Verfassungskonkurrenz dem Verfassungskonkurrenz zu, so behauptet die „Wache“, daß gegen Herrn VöH vom Oberpräsidenten eingeleitete Disziplinarverfahren einzuleiten. An sich sind das ja nun gerade keine Verfassungskonkurrenz. Doch Herr VöH im Grunde nur noch um seine Verfassungskonkurrenz ist bekannt. Doch seine persönlichen Verleumdungen nicht das Maß erreichen, das sie nach den anfänglichen Erregungszuständen der Berliner Presse zu haben (wären, wohl auch. Das mit dem Disziplinarverfahren gegen den vielleicht genug gehänderten Herrn VöH nun auch alle anderen Unterstellungen gegen die räumigen Senate innerhalb der Berliner Stadtverwaltung geschlossen werden könnten, halten wir denn doch nicht für wahrscheinlich.

Der Berliner Magistrat hat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung den Antrag des Magistrats über den Nachtragetat für 1929 zugehen lassen. In dieser Vorlage führt er noch einmal aus, wie die gesamten Nachforderungen von rund 10 Millionen Mark enthielten sind und welche Vorschläge zur Wiedergabe des Defizits gemacht werden. Das Berliner Stadtparlament wird sich also bereits in seiner morgigen Sitzung mit dem Etat beschäftigen müssen. Einwilligen läßt sich nicht absehen, wobei der Magistrat eine Mehrheit für sein Steuererhöhungsprogramm nehmen will. Die Wirtschaftspartei lehnt das Programm mit Haut und Haar ab, die Volkspartei die Gewerbetreuer, die demokratische Fraktion desgleichen, und die Sozialdemokratie, der im Grunde die ganze Schlammeise zu verdanken ist, ist jetzt entflohen, eine neue einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern. Es ist schon nicht anders: Die Berliner Selbstverwaltung ist zusammengebrochen. In der heutigen Zusammenkunft von Stadtparlament und Magistrat fehlt ihr die geistige und moralische Fähigkeit, sich selbst zu verwalten.

Ausland.

Rücktrittsabsichten des Reichsbankpräsidenten?

Haag, 15. Jan. Dr. Schacht betont, daß er sich lediglich der gesetzlichen Vorchrift gebeugt habe, daß von einer Einigung zwischen ihm und der Reichsregierung jedoch keine Rede sein könne. Nach dem Fresempfang der deutschen Minister finden jetzt andauernd Besprechungen Dr. Schachts mit deutschen und ausländischen Journalisten statt. Unermüdet liebt der Reichsbankpräsident den Interviewer zur Verfügung und entgegnet auf die an ihn gestellte hierdurchige Frage: „Welches Ziel verfolgen Sie?“ „Ich bin Sachverständiger der deutschen Regierung und spreche offen aus, was ich über das hier erreichte Verhandlungsergebnis denke. Im übrigen bin und bleibe ich ein Feind der Spekulation. Ich beschäftige mich nur mit gegebenen Tatsachen.“ Dr. Schacht läßt aber durchblicken, daß er persönlich nicht gekannt sein werde, als Reichsbankpräsident und Vertreter Deutschlands bei der Internationalen Zahlungsbank zu wirken, falls ein Gesetz die Beteiligung der Reichsbank

zu bereiten, wenn diese an-
eintreten sollten. Die
verantwortlich gemacht wer-
Stelle tun werden. Der
daß er eine außerordent-
nationale Verantwortungsfrage
nur dann niederlegen, wenn
nicht richtig gehandelt
in Ueberzeugung, daß sein
de sei. Er werde die ihm
tragen und sich dieser Ver-
antwortlichen. Der Reichsbank-
den Gerichten entgegen,
in Hongkong als nicht ge-
de nach dem Abschluß der
des Hauses Morgan seiner-
Stellung gehabt und von
der Stellung des Hauses

Ministerium.
wird mitgeteilt: Das Reichs-
in Sitzung mit dem Haag
und — inwiefern ein Ergebnis
den Delegation zugestimmt.
übernehmen mit dem
Schiedsgericht M.G. und die
ang) erfaßt hat, anstelle der
einander der Bank für inter-
treten, haben sich hier
in Haager der notwendigen
des Herrn Direktor Müller
Haag. Ferner hat sich das
Erklärung des Beizen- und
einander erklärt, daß
am 20. Januar der Haager-
auf 9.50 M. erhöht wird.
Monopolgesetzes beschloß
es sich um die außer-
genproduktion handelt.

ol.
Januar 1930, nachmittags
Vangsvorleistung an den
verkauf

uh.
stelle. J. B.: Mater.

che!
Heute eintreffend:
Frischer
Kablau und
Schellfisch
im ganzen Fisch
Pfund 40 Pfg.
im Anschnitt
Pfund 44 Pfg.
Kablau-Filet
Pfund 65 Pfg.
küchenfertig zubereitet
Frische
Bücklinge
Pfund 56 Pfg.
ferner empfehlen:
Sauerkraut
eigene Fabrikation
Weingärung
Pfund 16 Pfg.
Feinstes bayer.
Ranchfleisch
gut durchwachsen,
Landräucherung
1/2 Pfd. 1.- RM.
Frankf. Würstchen
3 Paar 1.- RM.
5 Proz. Rabatt
Pfannkuch

den Umsatz!



an der Internationalen Zahlungsbank gewährt und dem jeweiligen Reichsbankpräsidenten die Funktionen Deutschlands bei der Zahlungsbank übertragen sollte.

Kerenski über den bolschewistischen Terror.

Paris, 13. Jan. Der Chef der ersten revolutionären Regierung in Russland, Kerenski, hielt gestern als Mitglied der Sozialen Internationale vor der sozialistischen Kammergruppe einen Vortrag über das gegenwärtige Regime in Russland, wobei er scharfe Vorwürfe gegen den bolschewistischen Terror machte. Kerenski fügte seine Anklagen mit zahlreichen amtlichen Aktenstücken und Photographien, die einen großen Eindruck auf die französischen Sozialisten machten. Der ehemalige russische Ministerpräsident teilte u. a. mit, daß in Russland vom 1. Oktober bis zum 29. Dezember 1929 nicht weniger als 583 Personen wegen politischer Vergehen erschossen wurden. Niemals war die Zahl der Eingekerkerten größer als heute. Unter der russischen Bauernschaft machte sich eine große Abneigung gegen das Sowjetregime geltend, da kein Tag ohne Aufstände an irgend einem Teil Russlands vergehe. Die Bauern vernichteten ihre Ernten und schlugen ihr Vieh tot, um es vor der Beschlagnahme zu retten. Kerenski gab seinem Verharmen Ausdruck, daß die französischen Sozialisten vor allem die Diktatur in Westeuropa bewahren, aber der bolschewistischen Diktatur in Russland gegenüber sich gleichgültig verhalten.

Moskaus gebirgige Agitation.

Paris, 11. Jan. Der ehemalige Vorkämpfer der Sowjetdiktatur, Besedowski, wurde bekanntlich in Moskau wegen Unterschlagung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Besedowski, der inzwischen in Paris in zahllosen Zeitungsartikeln Entschuldigungen über die Sowjetdiktatur gemacht hat, erklärte, er fordere die Sowjetregierung auf, die Entschuldigungsarbeiten über jene Summen zu veröffentlichen, die er angeklagt unterschlagen habe. Es habe sich nämlich um Beträge gehandelt, die weit höher seien, als das Moskauer Gericht angegeben habe. Für geheime Agitation in Frankreich seien 100 000 Dollars durch seine Hände gegangen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 13. Jan. Der Notiz über den hiesigen Marktbrannen fügen wir noch an, daß die 4 Ventriolen genau nach der Dimmelsichtung eingeteilt sind.

(Wetterbericht.) Infolge der warmen Südwestströmung ist für Freitag und Samstag immer noch zeitweilig bedecktes, unbedeutendes Wetter zu erwarten.

Virkensfeld, 13. Jan. Unter reger Beteiligung seiner Vereinsangehörigen, namentlich auch der älteren Mitglieder, fand am letzten Sonntag im Vereinslokal die Generalsammlung des Evangel. Männer- und Junglingsvereins statt. Aus dem ausführlichen Jahresbericht, den der Vorstand zur Verlesung brachte und der ein günstiges Bild auf die Tätigkeit des Vereins und seiner Mitglieder warf, erwähnen wir nur, daß der Verein im Laufe dieses Jahres sein 50jähriges Jubiläum zu halten gedenkt mit welchem zugleich eine Bezirkskonferenz verbunden werden soll. Ein weniger günstiges Bild zeugt der Kassenbericht. Aus diesem Grunde mußten die Beiträge eine nicht unerhebliche Erhöhung erfahren. Die Wähler zeigten keine Veränderung, mit Ausnahme der Reiterhilfe, dessen Zahl wieder weggezogen und also durch ein neues Mitglied ersetzt werden mußte. Nachdem noch verschiedene untergeordnete Voten, wie Bibliothek, Spiel- und Turnwart besetzt und das Wochenprogramm festgelegt war, konnte der Vorsteher die Versammlung beschließen mit dem Wunsch, treu zur guten Sache zu halten und die Versammlungen fleißig zu besuchen.

Süßen a. Enz, 13. Jan. Heute nachmittag kurz vor 4 Uhr landete ein Leichtflugzeug Daimler-Motoren auf den Enzweiden zwischen Süßen und Calmbach. Der Pilot, ein Flugzeugführer aus Böblingen, hatte auf seiner Strecke Wammesbühlungen die Orientierung verloren. Als er feststellte, daß er elegant wieder auf und flog über Calmbach dem Heimatort zu.

Württemberg.

Heilbronn, 13. Jan. (Unterw.) Das erweiterte Schöffengericht hat den Versicherungsbeamten Karl Steffan wegen Untreue und Unterschlagung, die er als Verwalter der Ortskrankenkasse Waiblingen a. S. begangen hat, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Steffan hatte überhaupt keine Bücher geführt, sondern nur Notizzettel verwendet und diese an Klammern an die Wand gehängt. Der Abmangel betrug etwa 24 000 Mark. Gegenstand der Anklage bildeten aber lediglich Unterschlagungen von 800 Mark und von 132 Mark. Mit den

800 Mark hatte der Angeklagte ein Motorrad seines Sohnes beschlagnahmt.

Stuttgart, 13. Jan. (2.1 Millionen weniger Reichssteuer-Ueberweisungen.) Der sozialdemokratische Gemeinderat Dittich hat folgende Anfrage an das Stadtschultheißenamt gerichtet: Nach dem kürzlich dem Landtag zugegangenen Entwurf eines Abänderungsgesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindeförderungsgesetz soll der Anteil der Stadt Stuttgart an den Einkommensteuern, Körperschaftsteuern und Umsatzsteuern-Überweisungen um den Betrag von rund 2.1 Millionen Mark gekürzt werden. Diese Kürzung der Reichssteueranteile würde 2.1 Prozent des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerentwerfes betragen. Ich frage an, was das Stadtschultheißenamt gegen diese Abkürzung des Einkommens, die im Falle ihrer Verwirklichung die ohnehin schon zuspitzende Finanzlage der Stadt außerordentlich verschlechtern und die Gefahr einer Umlagesteigerung mit sich bringen würde, zu unternehmen gedenkt.

Seidenheim, 13. Jan. (60. Geburtstag.) Oberbürgermeister Fülle feiert am 16. Januar seinen 60. Geburtstag. Seit 27 Jahren steht er erfolgreich wirkend an der Spitze der Stadtverwaltung.

Baden.

Forstheim, 13. Jan. Die Vorgänge bei dem kürzlich vorgekommenen Brand in Dudensfeld, bei dem ein Gendarmerechtsmeister von einem Dudensfelder Bürger mit einem Feuerwehrgewehr einen Schlag auf den Kopf erhielt, und bei dem die Mitglieder der Forstheimer Wehretzelle, die eingetragenen Gendarmerechtsmeister und das Bezirksamt Forstheim beklagt wurden, hatten ein Rechtspiel vor dem Forstheimer Schöffengericht. In fast zweistündiger Verhandlung wurden die notwendigen Zeugenaussagen aufgenommen. Das Schöffengericht verurteilte sämtliche 13 Angeklagte, von denen 3 wegen erschwerter Körperverletzung, Widerstand, Gefangenentötung und Beleidigung angeklagt waren. Unter den Verurteilten befindet sich der stellvertretende Bürgermeister von Dudensfeld, der Feuerwehrrichter und 6 Gemeinderäte von Dudensfeld. Die 3 Hauptangeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten, 1 Monat und 2 Wochen, während die anderen 10 Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 120 Mark verurteilt wurden. Die ganze wüßliche Angelegenheit scheint dadurch entstanden zu sein, daß die Forstheimer Wehretzelle den Brand schenkel löste als den Dudensfeldern angenehm war. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer u. a. aus, daß im Jahre 1928 im Forstheimer Bezirk nicht weniger als 10 Millionen Reichsmark von der Brandkasse beschlagnahmt wurden. In fast zweistündiger Verhandlung wurden die notwendigen Zeugenaussagen aufgenommen. Das Schöffengericht verurteilte sämtliche 13 Angeklagte, von denen 3 wegen erschwerter Körperverletzung, Widerstand, Gefangenentötung und Beleidigung angeklagt waren. Unter den Verurteilten befindet sich der stellvertretende Bürgermeister von Dudensfeld, der Feuerwehrrichter und 6 Gemeinderäte von Dudensfeld. Die 3 Hauptangeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten, 1 Monat und 2 Wochen, während die anderen 10 Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 120 Mark verurteilt wurden. Die ganze wüßliche Angelegenheit scheint dadurch entstanden zu sein, daß die Forstheimer Wehretzelle den Brand schenkel löste als den Dudensfeldern angenehm war. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer u. a. aus, daß im Jahre 1928 im Forstheimer Bezirk nicht weniger als 10 Millionen Reichsmark von der Brandkasse beschlagnahmt wurden.

Verschiedenes. Vergiftetes Reichsweissbier. In den polnischen Städtchen Witten in Pommern wurden einige Säurebehälter entdeckt, so daß 10 000 Liter der giftigen Säure sich in den Fluß Garde, einem Nebenfluß der Pilsna, ergossen, die wiederum in die Weichsel mündet. Die Behörden haben sofort alle Reichsweissbierfabriken ergriffen und die Bevölkerung der an den 3 Flüssen gelegenen Ortschaften vor dem Gebrauch des Flusswassers in den nächsten Tagen gewarnt. Gleichzeitig wurden auch die vergifteten Fische beschlagnahmt. Die giftige Welle erreichte am Dienstag um die Mittagszeit Warschau. Die hauptsächlichsten Wasserleitungen wurden für einige Tage gesperrt, so daß die Wasserversorgung Warschaws aus den Vorratsbehältern gedeckt werden mußte.

Grausamer Raubmord bei Paris. Ein mit außergewöhnlicher Kaltblütigkeit und Grausamkeit durchgeführtes Verbrechen ereignete sich Montagabend auf der Chaussee nach Straßburg. Ein Pariser Drohlfabrikant wurde in den Abendstunden in Paris von einem jungen Mann in Begleitung einer jungen Frau getötet, ihn nach Straßburg zu fahren. Einige Kilometer hinter dem Hauptplatz von Bourges ließ der Mann den Wagen halten, zog aus und bot auch den Chauffeur, mit ihm einige Schritte auf der Landstraße zu gehen, während die Frau im Innern des Wagens verblieb. Kurz darauf schickte die beiden einige Meter vom Auto entfernt, als der Fremde sich plötzlich umwandte und dem Chauffeur eine Angel direkt in den Mund jagte. Trotz schwerer Verletzungen gelang es diesem aber, die Fingerringe zu ergreifen, doch folgte er über einen Graben und fiel hin. Bald hatte ihn der Angreifer erreicht und ohnmächtig ihn der Unglückliche auf den Rücken liegend am Schenkel fest, jagte er ihn schließlich mit einer Angel in den Kopf, die den sofortigen Tod herbeiführte. Zufällig hatte ein Radfahrer, der sich in unmittelbarer Nähe befand, den ganzen Vorgang gesehen, wogte aber nicht, einzugreifen und zu Hilfe zu eilen. Er fuhr vielmehr aus nächster Nähe und alarmierte die Polizei, die sofort zwei Kriminalbeamte mit Motorrädern auf die Verfolgung des Mörders setzte. Sie fanden ihn noch beim Auto damit beschäftigt, den Wagen wieder in Fahrt zu bringen. Trotz heftiger Gegenwehr gelang es ihnen, den Mann zu entwaffnen und ihn mit seiner Keule in die Hände zu führen. Dort entpuppte er sich als ein 24jähriger Straßburger mit seiner 24jährigen Freundin. Er gab an, ohne Arbeit zu sein und die Tat vorläufig ausgeführt zu haben, um sich in den Besitz des Geldes und eines Autos zu setzen.

Dynamit-Attentat. Auf der Bahnstrecke der Seche Glan im Staate Pennsylvania wurde ein Dynamitanschlag auf den Zug verübt, der Lohnarbeiter im Betrag von 35 000 Dollar aus der Bank der Stadt Wilkesbarre nach dem Neben-

Vorschriftsmäßige
Kund- & Schiffshopper
erhalten Rückende der
Hamburg-Amerika-Linie
das Norddeutschen Lloyd
der Cunard-Linie
und anderer Schiffslinien
bietet bei großer Auswahl,
im bekannten Spezialhaus
Holler-Brass
Speyerheim
für Fernverkehrszwecke

met; das Feuer brach im Speicher aus. Der Gebäude- und Jahreslohn beträgt etwa 6 000 Mark.

Waldbühn, 14. Jan. Die Revision, welche die vom Schwurgericht Waldbühn verurteilte Witwe A. Hensler und ihr Sohn Gottlieb Hensler aus Seergallen gegen das Urteil wegen Ermordung des Vaters und Vaters eingeleitet haben, ist nach dem Beschluß des Reichsgerichts vom 3. Januar als unbegründet verworfen worden. Die anderen bereits verurteilten Kinder der Witwe haben das Urteil angenommen.

Tiengen, Amt Waldbühn, 13. Jan. Vier wurde der Lohnbuchhalter der Firma Schreibe-Domagala wegen Unterschlagung von Lohngehältern verhaftet. Es wird vermutet, daß sich der Verhaftete auch der Brandstiftung schuldig gemacht hat, um die Beweise seiner Verantwortung, die Lohnbücher, zu verbrennen. Das von ihm vermutlich gelegte Feuer im Kontor konnte gelöscht werden. Die Lohnbücher waren angezündet. Einige Zeit später waren sie verschwunden.

Ramstein, 14. Jan. Am Montagabend gegen 11 Uhr verhafteten 3 Burgen die Viehhändlerin Frau Koch und ihre Tochter beim Verlassen des Schlachthofes zu berauben. Beide wurden am Kopf durch Stich- oder Schußwunden, was noch nicht genau festgestellt ist, verletzt. Die Täter sind mit einer Wunde, die außer Gesichtspapieren 108 Mark enthält, in die Kästen hinter dem Schlachthof entkommen. Mit erheblichen Reichswunden mußten die Ueberfallenen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Vermischtes.

Vergiftetes Reichsweissbier. In den polnischen Städtchen Witten in Pommern wurden einige Säurebehälter entdeckt, so daß 10 000 Liter der giftigen Säure sich in den Fluß Garde, einem Nebenfluß der Pilsna, ergossen, die wiederum in die Weichsel mündet. Die Behörden haben sofort alle Reichsweissbierfabriken ergriffen und die Bevölkerung der an den 3 Flüssen gelegenen Ortschaften vor dem Gebrauch des Flusswassers in den nächsten Tagen gewarnt. Gleichzeitig wurden auch die vergifteten Fische beschlagnahmt. Die giftige Welle erreichte am Dienstag um die Mittagszeit Warschau. Die hauptsächlichsten Wasserleitungen wurden für einige Tage gesperrt, so daß die Wasserversorgung Warschaws aus den Vorratsbehältern gedeckt werden mußte.

Grausamer Raubmord bei Paris. Ein mit außergewöhnlicher Kaltblütigkeit und Grausamkeit durchgeführtes Verbrechen ereignete sich Montagabend auf der Chaussee nach Straßburg. Ein Pariser Drohlfabrikant wurde in den Abendstunden in Paris von einem jungen Mann in Begleitung einer jungen Frau getötet, ihn nach Straßburg zu fahren. Einige Kilometer hinter dem Hauptplatz von Bourges ließ der Mann den Wagen halten, zog aus und bot auch den Chauffeur, mit ihm einige Schritte auf der Landstraße zu gehen, während die Frau im Innern des Wagens verblieb. Kurz darauf schickte die beiden einige Meter vom Auto entfernt, als der Fremde sich plötzlich umwandte und dem Chauffeur eine Angel direkt in den Mund jagte. Trotz schwerer Verletzungen gelang es diesem aber, die Fingerringe zu ergreifen, doch folgte er über einen Graben und fiel hin. Bald hatte ihn der Angreifer erreicht und ohnmächtig ihn der Unglückliche auf den Rücken liegend am Schenkel fest, jagte er ihn schließlich mit einer Angel in den Kopf, die den sofortigen Tod herbeiführte. Zufällig hatte ein Radfahrer, der sich in unmittelbarer Nähe befand, den ganzen Vorgang gesehen, wogte aber nicht, einzugreifen und zu Hilfe zu eilen. Er fuhr vielmehr aus nächster Nähe und alarmierte die Polizei, die sofort zwei Kriminalbeamte mit Motorrädern auf die Verfolgung des Mörders setzte. Sie fanden ihn noch beim Auto damit beschäftigt, den Wagen wieder in Fahrt zu bringen. Trotz heftiger Gegenwehr gelang es ihnen, den Mann zu entwaffnen und ihn mit seiner Keule in die Hände zu führen. Dort entpuppte er sich als ein 24jähriger Straßburger mit seiner 24jährigen Freundin. Er gab an, ohne Arbeit zu sein und die Tat vorläufig ausgeführt zu haben, um sich in den Besitz des Geldes und eines Autos zu setzen.

Dynamit-Attentat. Auf der Bahnstrecke der Seche Glan im Staate Pennsylvania wurde ein Dynamitanschlag auf den Zug verübt, der Lohnarbeiter im Betrag von 35 000 Dollar aus der Bank der Stadt Wilkesbarre nach dem Neben-

Wenn Sie ausgehen
Stets Wybert mitnehmen,
leicht ist eine Erkältung da,
schwer sind die Folgen.
Wybert
In Apotheken und Drogerien R.M. 1.25a.70 Pfg.

Kinder der Berge.
192 Roman von Ant. Andrea Barel.
(Schluß.)
Der Reinbacher mußte eilen, um noch vor Nacht zu Tal zu kommen. Er ließ den Großvater und den Vaten grüßen. „Sagen's doch mir nimmer a Scheiden, sondern a Freud' auf's Wiederseh'n im Herbst.“
Er schüttelte der Bäuerin die Hand.
„Und wann's Beihl kommt, Quattale, grüßen's a tausend Mal vom Fieber, und wann der sich's nachher holen muat, san's ihm nit gram, solch a armer, einsamer Mann weiß a Frau heilig z'hallen.“
Die Hand über die Augen stand die Bäuerin und schaute ihm nach, solange er sichtbar blieb. Es war, als langten lauter Sonnenlichter unter seinen Schritten, und die Gräser zu beiden Seiten seines Pfades schlugen zusammen, daß es ein feines Klirren und Läuten gab. Durch die Bergriesen rings ging eine freudige Bewegung, und das alte graue Einödegebirg lag wie in einem Glanz. Die Frau schaute und mußte nicht wie lang.
Unten im Tal krochen die Schatten des Abends über Bienen und Felder; bläuliche Dünne drängten das Tageslicht aus der mattimmernden Luft.
Auf den Bergen aber schwebte das Abendgölubn — auflockernd und süßend; sprühend hier und dort in stumpfem Brand, als würden die alten Giganten es sich gegenseitig zu, Paß spielend mit dem Feuer der sinkenden Sonne; doch nicht mit der flatternden Winterzeit des Menschenfindes, sondern mit dem erhabenen Ernst der Gotttheit — seit und unentwegt in dem Berglischen des Tages wie in dem Steigen der Finsternis der Nacht — ohne zu weichen und zu wanken in den langen Ewigkeiten ihres Seins, ob im Tal, zu ihren Füßen, der Tod

vorbezieht oder das Leben aus allen Poren der Erde quillt, mit ihren Fesselnarmen Tag und Nacht, Leben und Tod, gleich liebend und schützend umschließend. —
„Großvatta! Pua!“
„Und wieder: Pua! Großvatta!“ bis das Kind gesprungen und der Alte gestolpert kam, neugierig und verwundert, was es bedeutete.
„Die Beihl kimmt a wiada!“ sagte die Bäuerin.
Ueber ihr verwirrtes Anlitz ging ein Leuchten, und durch die Raubheit ihrer Stimme zitterte ein Klirren, ganz leis, und wie von weit her: es waren die Kloden ihrer fernen, bekümmerten Jugend.
Das Buch,
das man liest
und liebt!
Wir sind in der angenehmen Lage, unsern Lesern und Leserinnen nach Beendigung des Abdrucks des Romans
Kinder der Berge
VON A. A. BAREL
den Roman in Buchform zum Preise von Mk. 3.- zu liefern. Die prächtige lebenswahre und gefühlvolle Erzählung mit ihrem entzückend naturfrischen Hochgebirgs-Milieu und ihrer zarten Seelenmalerei hat überall eine beifällige Aufnahme gefunden, sodass wir glauben unseren Lesern eine wirkliche Freude zu bereiten. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Aus aller Welt
Doppelsehen eines Richters.
Vor dem Kriminalgericht in Moskau stand vor kurzem ein Richter, dessen Verstand, der wie es sich zufällig herausgestellt hatte, Führer einer Mörderbande gewesen war. Der Richter hatte Gefasstlos genöh den besten Ruf in seinem Revier. Vor allem wurde seine außerordentliche Dynamik gerühmt. Stand ein jugendlicher Verbrecher vor ihm, so vortagte der Richter ihn in seinem Amtszimmer privat zu sprechen, und gewährte ihm dann Bewährungsfrist. In Wirklichkeit aber drehte sich das Gespräch des Richters mit dem Angeklagten nicht um eine moralische Predigt, wie die gutgläubigen Leute annahmen, sondern um etwas ganz anderes. Der Richter rekrutierte auf diese ergründete Art die Mitglieder seiner Verbrecherbande. Die Bande spezialisierte sich auf Einbrüche in einem Viertel, das von Geschäftsleuten bewohnt ist. Da die Polizei in Sowjet-Russland Miß genannt, dem Richter untersteht, war es für den Verbrecher ein leichtes Spiel, die Polizei von den Spuren, die zu seiner Entdeckung führten konnten, abzuweichen. Obwohl das sowjetrussische Gesetz für nicht politische Verbrechen die Todesstrafe, die übrigens als höchste Strafe ungeschrieben wird, nicht kennt, wurde der verbrecherische Richter Gefasstlos zum Tode verurteilt. Auf Gutachten der Ärzte, die ihn für einen Menschen mit Doppelsehen erklärten, das heißt für einen Menschen, der gegen seinen Willen ein Doppelsehen führen muß, wurde Gefasstlos zu Justizhaft auf zehn Jahre. — die höchste Freiheitsstrafe, die das sowjetrussische Strafrecht kennt verurteilt.
Fischhüte geblitzten ein Hochamt im Flugzeug.
Vondoner Blätter berichten aus Rom, die Flugzeugarbeitswissenschaftler, an deren Spitze sich ein Bischof befand, habe das Ereignis gebracht, daß dieser Prälat im Flugzeug während der Luftreise an einem eigens konstruierten Altar ein Hochamt gefungen habe. Dazu sei eine besondere Erlaubnis des Papstes erforderlich gewesen.

läufig überführte. Die Übung der unter der Ladung. Der Banker die Höhe geschiedert Bon den 6 Beamten, die 3 in Stille getroffen. Gliedmaßen streckend a griff griffesgegenwärtig Attentäter, der hinter ein, daß er keinen flüchtete.

Handel, Verkehr.

Stuttgart, 14. Jan. Hülle- und Felleinhandlung. Die Preise der Hülle- und Felleinhandlung sind folgende: Hülle, 79-81 Pfg.; Felleinhandlung, 50-62 Pfg.; 75 Pfg.; 100 u. m. Pfg. 87-91 Pfg.; 30-40 Pfg.; 79 Pfg.; 80-84 Pfg.; 29 Pfg.; 82 Pfg.; 30-40 Pfg.; 80-79 Pfg.; 56-58 Pfg.; 43-45 Pfg.; Schuß, 156 Pfg.; 21-15 Pfg.; 15 Pfg.; Schuß, 106 Pfg.; 20 Pfg.; Schuß, 106 Pfg.; 52 Pfg.; Schuß, 1183 Schweine. Es wurden 45-57, Bullen 42-48-84, Schweine 84-90 bezogen. Verkauf des Mehlstand; bei Schweinen lebend. Die Preise gelten für sämtliche Speise- und Verkaufsstellen. Gewichtsverlust ein, mit Preis erheben.

Karlsruhe, 13. Jan. darunter 51 Hühner, 18 1183 Schweine. Es wurden 45-57, Bullen 42-48-84, Schweine 84-90 bezogen. Verkauf des Mehlstand; bei Schweinen lebend. Die Preise gelten für sämtliche Speise- und Verkaufsstellen. Gewichtsverlust ein, mit Preis erheben.

Neu.

Mannheim, 13. Jan. dienst aus dem Büro des Reichspräsidenten. Es wurde diesem Gebiet einen entgegen anders lautenden Reichspräsident bereits weniger kann dabei die bis in alle Einzelheiten worden ist.

Worms, 13. Jan. Erweitertes Schöffengericht. Worms geborene Franz wurde mit der Schlägerung dem Hause Judengasse 6, a wurden verlebene Patro abgedrückt Gefäß gesund Wohnung haben, aber die gesund gebracht. Wähler Judengasse die Schlägerung Worms, 13. Jan. des heftigen Landtags, in dem die Demonstrationen festgenommen richterlicher Hofbesitz erlärte Müller der Führer a Polizei war. Müller wurde abtransportiert.

Tittus, 13. Jan. Der holt Rothensaustraße 15, die Schiffe in den Kopf getötet 24jähriger Sohn aus dem Hildebrandt eine Angel in die Hände. Die Ursache der eigeiten erlircht. Hildebrandt Döhrer eine Pension, die e rachte. Die erschossene Ehefrau, 15. Jan. W vergangener Nacht gegen 1 (S.) auf dem Wege nach sollen und mit einem dar vorübergehend bestimmungsliche Behandlung begeden Ueberfall einen politischen her nach nicht ermittelt werden. Berlin, 13. Januar, wird sich Donnerstag nachschließen.

Speicher aus. Der Gebäude- und 45000 Mark. Revision, welche die vom Schmar- zbitzwe N. Drossler und ihre Sohn- ligen gegen das Urteil wegen Er- batters eingelegt haben, ist nach dem 3. Januar als unbegründet bereits verworfen. Rinder- ingenommen.

13. Jan. Hier wurde der Lohn- Bonner wegen Unterschlagung Es wird vermutet, daß sich der ung schuldig gemacht hat, um die en, die Lohnbücher, zu verbren- gelegte Feuer im Kontor konnte über waren angezündet. Einige un- den.

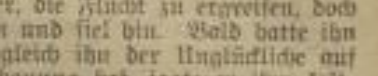
Montag abend gegen 11 Uhr müdlerstr. Koch und ihre Tocht- achthofes zu verbrennen. Beide oder Schusswunden, was noch ist. Die Täter sind mit einer 108 Mark enthielt, in die un- kommen. Mit erheblichen schallenen ärztliche Hilfe in An-

Wichtiges.

In den polnischen Stickstoff- wurden einige Säurebehälter der giftigen Säure sich in den der Pflanz, ergossen, die wieder- Die Behörden haben sofort alle und die Bevölkerung der an den vor dem Gebrauch des Auf- gewarnt. Gleichzeitig wurden Schulausfahrt wurde in den einem jungen Mann in Beglei- ten, ihn nach Straßburg zu fah- dem Anflug von Dr. Bourget lten, hier aus und hat auch den Schritte auf der Landstraße zu Innern des Wagens verließ- ige Meter vom Auto entfernt, umanste und dem Chauffeur ud jagte. Trotz schwerer Ver- re, die Hand zu ergreifen, doch and fiel hin. Bald hatte ihn gleich ihn der Unglückliche auf- hnung hat, jagte er ihm fast- Kopf, die den sofortigen Tod ein Nahrung, der sich in un- anigen Vorgang gesehen, wachte Hilfe zu eilen. Er lud viel- und alarmierte die Polizei, die mit Motorrädern auf die Ver- it fanden ihn noch beim Auto wieder in Fahrt zu bringen. es ihnen, den Mann zu ent- Begleiterin auf die Polizei zu als ein 22jähriger Straßburger l. Er gab an, ohne Arbeit zu geschäftig zu haben, um sich in Autos zu setzen.

Paris. Ein mit aufsergewöhn- aufsamkeit durchgeführtes Ver- abend auf der Chaussee nach schloßbauaffäre wurde in den einem jungen Mann in Beglei- ten, ihn nach Straßburg zu fah- dem Anflug von Dr. Bourget lten, hier aus und hat auch den Schritte auf der Landstraße zu Innern des Wagens verließ- ige Meter vom Auto entfernt, umanste und dem Chauffeur ud jagte. Trotz schwerer Ver- re, die Hand zu ergreifen, doch and fiel hin. Bald hatte ihn gleich ihn der Unglückliche auf- hnung hat, jagte er ihm fast- Kopf, die den sofortigen Tod ein Nahrung, der sich in un- anigen Vorgang gesehen, wachte Hilfe zu eilen. Er lud viel- und alarmierte die Polizei, die mit Motorrädern auf die Ver- it fanden ihn noch beim Auto wieder in Fahrt zu bringen. es ihnen, den Mann zu ent- Begleiterin auf die Polizei zu als ein 22jähriger Straßburger l. Er gab an, ohne Arbeit zu geschäftig zu haben, um sich in Autos zu setzen.

Wenn Sie aussehen: Siets Wybert mitschmen, leicht ist eine Erkältung da, schwer sind die Folgen.



Apotheken und Drogerien R.M. 1.25a, 70 Pf.

Der Welt

ines Richters.

In Moskau stand vor kurzem der wie es sich zufällig der- Nanderhande gewesen war. genöß den besten Ruf in sei- de seine außerordentliche Ju- jugendlicher Verbrecher vor in seinem Amtsstempel pri- um dann Bewährungsfrist, ch das Gespräch des Richters eine moralische Predigt, wie man, sondern um etwas ganz lerie auf diese exzessive Art erbaute. Die Bande spezial- nem Ziel, das von Ge- die Polizei in Sankt-Pete- er unterricht, war es für den die Polizei von den Spuren, zu fassen, äquivalenten. Ob- für nicht politische Verbre- werden als höchste Strafe um- de der verbrecherische Richter. Auf Ursachen der Kerne. it Doppelleben erklärten, daß er gegen seinen Willen ein der besten Partistoff zu Justiz- Freiheitsstrafe, die das son- t verurteilt

Goehani im Jüngling.

aus Rom, die Fluggenarte bewei- sich ein Bischof befand in dieser Präfekt im Finanz- n eigen konfektierten Klar. Dazu sei eine besondere Er- ch anweisen.

büro überführte. Die Explosion erfolgte durch elektrische Aus- löschung der unter der Gleispar untergebrachten Dynamit- ladung. Der Panzerwagen wurde mit ungeheurer Gewalt in die Höhe geschleudert und der eingerichtete Sofa aufgerissen. Von den 6 Beamten, die den Wagnersort begleiteten, wurden 3 in Stücke gerissen. Zwei andere wurden mit abgerissenen Gliedmaßen lebend aufgefunden. Der sechste blieb unverletzt, griff geistesgegenwärtig zum Revolver und schützte den Attentäter, der hinter einer Schweißschutzwand auftauchte, derart ein, daß er keinen Angriff wagte, sondern augenblicklich flüchtete.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 14. Jan. (Häute- und Fellektion). An der heutigen Häute- und Fellektion wurden für das würt. Auktionsergebnisse folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30-40 Pf., 70-71 Pf., 50-59 Pf., 70-81 Pf., 60-79 Pf., 78-81 Pf., 80-100 u. mehr Pfund 73¹/₂, bis 78 Pf.; Ochsenhäute: -29 Pf., 78 Pf., 30-49 Pf., 89 Pf., 50-69 Pf., 75 Pf., 60-79 Pf., 78-82 Pf., 80-99 Pf., 72 bis 75 Pf., 100 u. m. Pf., 74¹/₂, -78 Pf.; Lämmerhäute: -29 Pf., 87¹/₂, Pf., 30-49 Pf., 83-85 Pf., 50-59 Pf., 83-88¹/₂, Pf., 60 bis 79 Pf., 80-84 Pf., 80 u. m. Pf., 75 Pf.; Wollhäute: bis 29 Pf., 82 Pf., 30-49 Pf., 69¹/₂, -70 Pf., 50-59 Pf., 72-74 Pf., 60-79 Pf., 56-58 Pf., 80-99 Pf., 52-54 Pf., 100 u. m. Pf., 43-45 Pf., Schafhäute 55 Pf.; Kalbfelle: -9 Pf., 146 bis 156 Pf., 1-15 Pf., 127-131¹/₂, Pf., 151-201 u. m. Pf., 110¹/₂, Pf., Schafschaffelle 96 Pf.; Fellektion: -20 und 20 u. m. Pf., 30¹/₂, Pf., Schafschaffelle 45 Pf.; Schaffelle: halbwollig 62 Pf., Woll 52 Pf., Schaf 45 Pf.; Leinwand: Der Verkauf war normal, die Leinwand ist ruhig aber fest der stabilen Preisen. Kalbfelle bis 9 Pf., 3-4¹/₂, höher und schwerere etwas über letzte Preise. Groß- schafhäute durchschnittlich leistungsfähig. Auktion geschlossen. Nächste Auktion am 12. Februar.

Karlsruhe, 13. Januar. (Viehmarkt.) Zufuhr: 1599 Stück Vieh, darunter 51 Ochsen, 48 Bullen, 57 Kühe, 168 Färsen, 92 Kälber und 1183 Schweine. Es wurden je Zentner Lebendgewicht bezahlt für Ochsen 45-57, Bullen 42-49, Kühe 17-35, Färsen 40-60, Kälber 62-84, Schweine 64-90 Mark. Vieles Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verkauf des Marktes: Bei Großvieh sehr langsam, Ueber- stand; bei Schweinen lebhaft, bei Kälbern langsam, geräumt. Die Preise gelten für mästlichen gewogene Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stall- preis erheben.

Neueste Nachrichten.

Mannheim, 15. Jan. Wie der böhmisch-schlesische Landespressi- dent aus dem Büro des Reichspräsidenten erfährt, ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident nach erfolgter Klärung der dritten Zone diesem Gebiet einen Besuch abstatten wird. Es entspricht jedoch entgegen anders lautenden Meldungen nicht den Absichten, daß der Reichspräsident bereits eine bestimmte Zusage gegeben hat, noch viel weniger kann daher die Rede sein, daß für diesen Besuch bereits ein bis in alle Einzelheiten vorliegender Reiseplan ausgearbeitet worden ist.

Worms, 15. Jan. Der bei den gestrigen Zusammenkünften mit Ernennungsbefehl große junge Mann ist der am 22. Mai 1914 in Worms geborene Franz Horn. In den heutigen Vormittagsstunden wurde mit der Säuberung der abgeriegelten Straßen begonnen. In dem Hause Judengasse 6, anschließend dem Hauptplatz der Rabaustraße, wurden verschiedene Patronenhüllen, Kaliber 8,35 mm, sowie ein platt- gedrücktes Geschöß gefunden. Personen, die in der Judengasse keine Wohnung haben, aber dort betreten wurden, wurden auf die Polizei- anzeige gebracht. Während der ganzen Nacht spielten durch die Judengasse die Schmelzer der Darmstädter Schusspistole.

Worms, 15. Januar. Gegen den kommunalistischen Abgeordneten des hiesigen Landtags, Müller, der im Verlauf der geistigen Arbeitslosenkrawalle in Worms zusammen mit anderen kommunalistischen Abgeordneten gefangenommen wurde, ist, wie die 'Voss. Zig.' berichtet, richtigerweise Haftbefehl erlassen worden. Es verlautet, daß Abgeordneter Müller der Führer einer ganz planmäßigen Aktion gegen die Polizei war. Müller wurde mit den anderen Verhafteten aus Worms abtransportiert.

Sittau, 15. Jan. Der Freipatenkapitän a. D. Hildebrandt, wohnhaft Rathenaustraße 15, hat gestern nachmittag seine Frau durch drei Schüsse in den Kopf getötet. Oerde in dem Augenblick, als sein 22jähriger Sohn aus dem Geschäft nach Hause kam, schoß sich auch Hildebrandt eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Die Ursache der Tragödie wird in wirtschaftlichem Schwie- rigkeiten erblickt. Hildebrandt, der 56 Jahre alt war, bezog als Offizier eine Pension, die aber für seinen Lebensunterhalt nicht ausreichte. Die erkrankte Ehefrau stand im Alter von 48 Jahren.

Koburg, 15. Jan. Wie der Polizeibericht meldet, wurde in der vergangenen Nacht gegen 1/2 Uhr der böhmische Landtagsabg. Klingner (S.) auf dem Wege nach seiner Wohnung von zwei Personen überfallen und mit einem harten Gegenstand darauf beschlagen, daß er vorübergehend betäubungslos zusammenbrach und sich später in ärztliche Behandlung geben mußte. Es wird angenommen, daß der Überfall einen politischen Hintergrund hat. Die Täter konnten bis- her noch nicht ermittelt werden.

Berlin, 18. Januar. Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand wird sich Donnerstag nachmittag mit dem Schach-Inzidenzfall be- schäftigen.

Berlin, 15. Januar. Im Finanzamt Hofisches Tor erschloß sich heute mittig ein noch unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann. Die Beamten hörten, daß aus dem Wartezimmer im zweiten Stockwerk ein Schuß fiel, allen herbei und fanden den Unbekannten mit einer tödlichen Schussverletzung auf dem Boden liegen. Bei dem Selbst- mörder handelt es sich um den Mitinhaber der 'Maler- und Deko- rationsfirma Borach & Rosenthal', der 38 Jahre alten Erich Borach. Die Gründe liegen zweifellos darin, daß Borach nicht die billigen Steuern für sein Unternehmen, das ohnehin in finanzielle Schwierig- keiten geraten war, aufbringen konnte.

Hamburg, 15. Januar. 380 deutsch-russische Flüchtlinge, die im Lager Wölln in Schleswig-Holstein untergebracht waren, werden be- reits morgen von Hamburg aus mit dem Hamburg-Süd-Motorschiff 'Monte Ostia' die Küste nach Brasilien antreten. Ein zweites Transporthieb vorausschickend am 20. Januar ebenfalls von Hamburg aus mit dem Dampfer 'Kap Rote' der Hamburg-Süd nach Süd- amerika fahren. Die Passagiere werden nach Hammonia, einem im Binnenlande liegenden und zum größten Teil mit deutschen Kolonisten bewohnten Distrikt überführt, wo ihnen Landereien zugewiesen werden. Deutsche Verge begleiten die Transporthieb.

Wilhelmsavenue, 15. Jan. Am Mittwoch vormittag fand auf der Wilhelmshöfener Anstalt die Indienststellung des neuesten deutschen Kreuzers 'Köln' statt, die gleichzeitig mit der Aufbered- nung des alten Kreuzers 'Amazona' verbunden wurde. Beide Schiffe lagen Heck an Heck am Kai des Hafens. Angetreten war die Besatzung des Kreuzers 'Köln' von der 'Amazona' auf die 'Köln' übertritten. Als Vertreter der Kaiserliche sprach der Beigeordnete der Stadt Köln, Dr. Ullrich. Reichspräsident von Hindenburg hatte fol- gendes Telegramm geschickt: 'Dem Kreuzer 'Köln' sende ich an diesem Tage meine Indienststellung meine besten Wünsche. Ich erwarte von der Besatzung denselben Geist treuer Pflichterfüllung und Kamerad- schaft, wie ihn die alte 'Köln' bis zu ihrem heldenmütigen Untergang am 28. August 1914 bewiesen hat. Dann wird über dem neuen Kreuzer 'Köln' die Flagge stets in Ehren wehen. Alle Zeit glück- liche Fahrt!'

Sternfärde, 15. Jan. In Surendorf bei Hohenheim wurde die Witwe Handwerker mit ihren beiden Kindern im Alter von drei und fünf Jahren in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Man vermutet, daß die Frau, die sich über den Verlust ihres vor etwa Jahresfrist verstorbenen Mannes nicht zu trösten vermochte, Selbstmord durch Vergiftung begangen und die Kinder in den Tod mitgenommen hat.

Neustettin, 16. Jan. In der hiesigen Provinzialerziehungsan-

stalt hoch Mittwoch mittig unter den Zöglingen, als der größte Teil des Wachtregiments abwesend war, eine Revolte aus. Die Zöglinge erschlugen Fensterbänke, brachen die Fensterkreuze heraus, zertrüm- merten Möbelfische und warfen die Gegenstände aus dem Gebäude. Dann stimmten die Inoffiziere die Internationale an und lärmten laut. Den beiden in der Anstalt anwesenden Beamten gelang es nicht, die Zucht zu beruhigen. Erst als die übrigen Inoffiziere von dem Wachtregiment zurückgekehrt und sämtliche Neustettiner Polizeibe- amte alarmiert worden waren, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Ueber den Grund der Revolte ist noch nichts bekannt.

Beuthen, 15. Jan. Heute nachmittag gegen 1/6 Uhr machte sich im Solggebiet von Beuthen eine starke Erderstüttung bemerkbar, die sich bis nach Königsbütte und weit westlich von Beuthen erstreckte. Als Folgeerscheinung glangen auf der Heiliggrube einige Strecken und Pfeiler zu Bruch. Mit den Bergungsarbeiten wurde sofort begonnen. Es wurde festgestellt, daß etwa 22 Mann an dieser Stelle getötet waren, davon konnten zehn unverletztutage gefördert werden und sechs mit leichten Verletzungen. Von den sechs eingeschlossenen Bergleuten gehen zwei Knapfischen. Man hofft, sie bald retten zu können. Mit den Schichten sind derzeit noch keine Verbindung. Die Zahl der Verletz- ten beträgt entgegen der anfänglichen Annahme zwei. Die übrigen als leichtverletzt gemeldeten Personen sind unverletzt geblieben.

Beuthen, 16. Jan. Von den auf der Heiliggrube eingeschlossenen sechs Leuten wurde ein Leichtverletzter und ein Zweiter, der aber be- reits tot war, geborgen. Bei diesem Toten handelt es sich nicht um einen Bergmann, sondern um einen Arbeiter einer Zetschfabrik, die unter Lager Betonarbeiten auszuführen hat.

Immsbrunn, 15. Jan. Wie den Blättern aus Bozen gemeldet wird, wurde eine Reihe von Personen, die aus Anlaß der Hochzeits- feier des italienischen Kronprinzen im Auftrag des Ministeriums des Innern verhaftet worden waren, wieder freigelassen. Der frühere Scher- te des Deutschen Verbandes, Dr. Wallstetter, befand sich bis zum 11. Januar, also 13 Tage, in Haft.

Berlin, 15. Jan. In der Aussprache zwischen Brand und Brandl konnte keine Einigung über die französisch-italienischen Flottenange- legenheit erzielt werden.

Moskau, 15. Jan. Wie aus Chabarowsk gemeldet wird, sind die 8000 chinesischen Soldaten und Offiziere, die von der roten Armee gefangen worden waren, und unter denen sich auch General Liang befindet, gemäß dem Chabarowsker Protokoll in chinesisches Gebiet abtransportiert worden. Die Mehrzahl von ihnen ist bereits in der Monchskuri eingetroffen.

Generaldebatte im Landtag.

Stuttgart, 15. Jan. Der Landtag begann in der Mittwoch- Sitzung die Generaldebatte zum Etat. Sie wurde von dem Abg. Ulrich (S.) eröffnet, der dem Finanzminister Anerkennung aussprach für die rechtzeitige Vorlegung und sorgsame Aufstellung des Etats, aber kritisierte, daß die Staatsentwürfe des Ministers, die immer mit hohen Defizits abwichen, während sich nachher Ueberüberschläge herausstellten, ein solches und irreführendes Bild der Staatsfinanzen geben und zwar zu dem Zweck, um den Gemeinden den Bruttohöher zu bängen und Kulturaufgaben zurückzustellen. Der Redner sprach sich dann weiterhin gegen die beabsichtigte Schuldschuldung der Regierung aus, bedauerte, daß der Redaktionsrat durch die Wödingen nicht durchgeführt werden kann und verlangte von der württembergischen Regierung Auskunft, wie sie sich zum Pensionsplan stellt. Die Sozialdemokratie trat leinmwegs mit Wollust für die ungeheuren Kosten dieses Planes ein. Nachdem die Rechte monatelang Dr. Stresemann durch die Gasse ge- zogen, sei es ein peinlicher Mangel an Selbstachtung, wenn jetzt die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt, welche, wie sie doch nur das höchste Maß an Wagnis spielen würde. Der Eintritt der Demokratie in dieser Regierung wäre staatspoli- tisch zu bedauern. Eine Bürgerlichregierung würde von der Sozialdemokratie aufs Schärfste bekämpft werden. Nach der weitläufigen Rede des Abg. Ulrich wurden dann verschiedene Zahlen in Aussicht genommen. Ein Vorschlag des Kette- renrats, diese Ausschlüsse teilweise durch Zugabe von Ver- tretern der kleinen Gruppen zu erweitern, wurde dabei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ange- nommen. Dann setzte der Abg. Dr. Ströbel (S.) die Gene- raldebatte zum Etat fort. Er bezeichnete den Pensionsplan als untragbar. Es sei unmöglich, 113 Milliarden zu bezahlen. Der Dainesplan hätte wenigstens die Währung gesichert. Der Redner schilderte die Not und die starke Verfallung der Land- wirtschaft, die für ihre Waren keinen Absatz finde und betonte, daß das Tempo in der Einführung von Neuerungen auf dem Schulgebiet nach den Staatsfinanzen sich richten müsse. Von Oberamtsaufhebungen sei keine Erwähnung zu erwarten. Mit Wutdruck sollte die Regierung die Entschuldigungen vom Reich für Post und Eisenbahnen fordern. Ein besserer Lastenaus- gleich unter den Gemeinden sei dringend notwendig. Die würt- t. Regierung habe den ersten Willen zu hören. Auch der Land- tag sollte stark sein. Auch der Abg. Bod (Str.) trat dem Betreiben der Sozialdemokratie entgegen, die württembergischen Finanzen schlecht zu machen. Württemberg sei das best geleitete und best verwaltete Land, trotzdem die Sozialdemokratie, die in Berlin den Beweis ihrer Unfähigkeit erbracht habe, nicht an der Regierung beteiligt sei. Wahrungsgültig sei auch die För- derung des Wohnungsbaus in Württemberg. Die Verwal- tungreform könne nur in Angriff genommen werden, wenn man den nötigen Rückhalt im Volke habe. Die Lehrerbildung müsse so geordnet werden, daß die Kinder nicht pädagogischen und weltanschaulichen Grundfragen richtig unterrichtet und er- zogen werden. Hierfür wurde die Weiterberatung auf morgen vormittag verlag.

Zur Regierungsbildung.

Stuttgart, 15. Jan. Der demokratische Landtagsabgeord- nete Fischer spricht sich in der 'Frankfurter Zeitung' zur Frage der Regierungsbildung in Württemberg dahin aus, daß, um die Forderung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei nach je einem Minister zu erfüllen, einer der jetzigen deutschnationalen Minister zurücktreten müsse, da nach dem württembergischen Ministergesetz nur für 5 Minister Raum ist. Fischer meint an, daß der zurücktretende nur der Mini- ster Dr. Wollstetter sein könne. Im Landtag sprach man gestern von einem anderen Plan der Demokraten. Darnach sollen die Demokraten dem Staatspräsidenten Dr. Holz die Forderung vorgetragen haben, den Finanzminister Dr. Deh- linger auf das Wirtschaftsministerium abzugeben und dafür das Finanzministerium dem demokratischen Stuttgarter Partei- vorstehenden, Rechtsanwalt Dr. Reinhold Kaiser, zu übertragen. In der Verberede wird darauf hingewiesen, daß sich Schwierig- keiten verzeichnen und schärflicher Art zu erwarten scheinen. Kommen bei Abgaben von Ministerien noch Verträge-Aragen hinzu, dann steht man leicht vor so, unüberwindlichen Schwierig- keiten, deren Behebung ein längeres beiderseitiges Verhand- len erforderlich macht. Ueber Demokraten noch Deutsche Volkspartei scheinen gering zu sein, das Wirtschaftsministerium zu übernehmen. Die Verberede hält es für das zweckmäßigste, die Deutsche Volkspartei durch die Einsetzung eines Staats- rates, wie man ihn in Baden seit Jahren hat, zur engeren Mitarbeit herauszugeben, wobei die Frage, ob befolgt oder umfobolgt, noch zu entscheiden wäre.

Die Demokratie gegen den Bürgerblat.

Erbingen, 15. Jan. Der demokratische 'Neue Albion' be- schäftigt sich mit dem Artikel des 'Schwab. Merkur' 'Vor einer gesamtbürgerlichen Front'. Nachdem das Blatt die Ansetzung des 'Merkur' zurückgewiesen hat, als ob der rechte Flügel der Demokraten sich gegen den linken durchsetzen habe und

Gegenwartig zu diesem, der die liberale Einigung anstrebe, die 'Gesamtbürgerfront' herstellen wolle, wie sie vom 'Merkur' propagiert wird, heißt es in dem Artikel weiter: Wenn wir schon bei den beiden Flügeln bleiben, die der 'Merkur' mitein- ander hier so erbit: ettingen läßt, dann müssen wir feststellen, daß unseres Wissens kein Beschluß irgendeiner Parteiführung vorliegt, der einen solchen Schritt rechtfertigen würde, und daß, wenn es einen solchen oder einen ähnlichen Beschluß einer dem Landesparlament vorgelegten Parteiführung gäbe, er in trassie- sem Ueberbriuch zu der auf den beiden letzten Vertretertagen zum Ausdruck gekommenen Stimmung lände. Bei keiner dieser Tagungen konnte von einem Uebiegen des rechten über den linken Flügel die Rede sein. Für den vom 'Merkur' er- strebten Bürgerblat fand sich unseres Wissens auf keiner dieser Tagungen auch nur eine prominente Stimme. Liberale Einigung, ja - wenn nicht aus Begeisterung, so aus Gründen der Vernunft; aber Bürgerblat-Aspirationen - nein!

Schwerer Zusammenstoß mit Arbeitlosen in Chemnitz.

Chemnitz, 15. Jan. In dem benachbarten Dattmannsdorf kam es heute mittig vor dem Gebäude der Wirtmannsstraße 10000 zwischen einer etwa 1000köpfigen Arbeitermenge und einem Polizeiaufgebot von 20 Mann zu blutigen Zusammen- stößen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 2 Arbeiter getötet und 15 verletzt, darunter 5 schwer. Drei Polizisten wurden durch Steinwürfe verwundet. Die Arbeiter waren aus Chemnitz und Umgebung nach Dattmannsdorf gekommen, um gegen eine Arbeitsgerichtsverhandlung, die heute dort statt- finden sollte, aber abgelehnt worden war, zu protestieren. Das Arbeitsgericht sollte gegen 180 Arbeiter der Firma Kettenia, deren Beschäftigung sich im Streit befindet, wegen angeblichen Tarifbruchs verhandeln. Bei dem Versuch der Demonstration, das Arbeitsgebäude zu demolieren, kam es zu den erwähnten Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde und darauf von der Schutzwache Gebrauch machte.

Chemnitz, 15. Jan. Nach den Angaben der Polizei hat sich die Zahl der bei den Zusammenstößen in Dattmannsdorf ge- töteten Arbeiter auf 4 erhöht.

Ein Erklärung Schachts.

Daag, 15. Jan. Reichspräsident Dr. Schacht erklärte heute morgen: 'Ich kann nicht verhindern, daß über mich Falschmeldungen verbreitet werden und daß ich angegriffen werde. Mein Standpunkt ist entgegengesetzt den Meldungen durchaus klar und von einem Umfall kann gar keine Rede sein. Ich erkläre nochmals, daß die Reichsbank für einen neuen Gesetz selbstverständlich zu fügen hätte und fügen möchte. Da- gegen wird der Reichsbankpräsident als solcher persönlich aus- schüt heraus zu entscheiden haben, ob er sich diesem Gesetz fügen kann oder nicht, ob er bleibt oder geht. Ich habe durchaus keine politischen Ambitionen, und wenn mir Cäsarenwürden angedichtet wird, so läßt mich das kalt. Mein Standpunkt hat sich auf jeden Fall nicht geändert.'

Der Vorlauf der Sanctionsformel.

Daag, 15. Jan. Der in der heutigen Radmittagsitzung der 6 einladenden Mächte angenommene Text zur Regelung der Sanctionsfrage lautet folgendermaßen: Die Vertreter der deutschen, englischen, französischen, italienischen und japani- schen Regierung geben folgende Erklärung ab: Der neue Plan beruht auf dem Grundgedanken, daß die vollständige und end- gültige Lösung der Reparationsfrage im gemeinsamen Inter- esse aller beteiligten Länder liegt und daß er ein Zusammen- arbeiten aller dieser Länder erfordert. Ohne guten Willen und Vertrauen von beiden Seiten würde das Ziel des Planes nicht erreicht werden. In diesem Sinne haben die Gläubigerregie- rungen in dem Schlussprotokoll die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung ihrer Verbindlichkeiten angenommen. Sie sind der Ueberzeugung, daß selbst in dem Fall, wo die Aus- führung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervorgerufen sollte, die in dem Plan selbst vor- gesehenen Verfahrensarten ausreichen, sie zu bereinigen. Aus diesem Grund steht das Schlussprotokoll vor, daß unter dem Regime des neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen dieses Planes begrenzen. Es bleibt indes ein Fall übrig, der außerhalb des Rahmens der heute unterzeichneten Vereinbarungen liegt. Die Gläubiger- regierungen sind gezwungen, ihn zu erwägen, ohne daß sie damit die Absichten der deutschen Regierung in Zweifel werfen wollen. Sie halten es für unerlässlich, die Möglichkeiten zu bedenken, daß in Zukunft eine deutsche Regierung sich in irgend einer der im Schlussprotokoll vom heutigen Tage enthaltenen feierlichen Verpflichtungen zu Handlungen herbeilassen könnte, die ihren Willen beweise, den neuen Plan zu verletzen. Die Gläubigerregierungen haben die Pflicht, der deutschen Regie- rung zu erklären, daß, wenn ein solcher Fall eintritt, die das gemeinsam verfolgte Ziel von Grund auf erschüttern würde, eine neue Lage geschaffen wäre, der gegenüber die Gläubiger- regierungen schon jetzt alle Rechtsvorbehalte machen müssen. Aber selbst in diesem Falle sind die Gläubigerregierungen im Interesse des allgemeinen Friedens gewillt, bevor sie irgend einen Schritt tun, zum Zweck der Herstellung und Wahrung der Tatsachen eine internat. Prüfung anzurufen, deren Autorität unbestritten ist. Die Gläubigerregierung oder die Gläu- bigerregierungen, die sich nicht beteiligt halten, würden dementsprechend den händigen Internationalen Gerichtshof im Daag mit der Frage beauftragen, ob die deutsche Regierung Hand- lungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu verletzen. Deutschland würde schon jetzt erklären, daß es im Falle einer bestehenden Entscheidung des Gerichtshofes es als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wieder gewinnen, um die Ausführung der sich aus dem neuen Plan ergebenden Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen. Die Gläubigermächte sind überzeugt, daß der in Frage stehende Fall niemals eintreten wird. Sie sind sicher, daß die deutsche Regierung diese Ueberzeugung teilt, aber sie glauben, daß es für sie ein Gebot der Loyalität und eine Pflicht gegen- über ihren Ländern ist, die vorliegende Erklärung für den Fall abzugeben, daß jene Möglichkeit sich doch verwirklichen sollte.

Die Vertreter der deutschen Regierung geben überlebens folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung nimmt von der vorstehenden Erklärung der Gläubigerregierungen, wonach

Wittat. Der 31 Jahre alte Landwirtschaftslehrer Josef Klappner von Schwemtingen bei Dillingen befand sich in der Nacht auf Montag auf dem Deunweg von seiner Braut in Gremheim, mit der er sich in 3 Wochen verheiraten wollte. In der Nähe der Ortschaft Gremheim wurde er von mehreren 30 Jahre alten Burschen mit Prügeln und Faustschlägen überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit zerhackertem Schädel tot liegen blieb. Am anderen Morgen wurde Klappner auf dem Wege im Felde tot aufgefunden. Was jetzt wurden 3 Verban- tungen in der Sache vorgenommen.

Schneestürme über den Vereinigten Staaten. Die Nord- und Westküsten werden seit einigen Tagen von ungewöhnlich heftigen Schneestürmen heimgesucht. Bisher wurden 75 Todes- opfer gemeldet. Auch aus Kalifornien kommen Meldungen über fremde Kälte. Zahlreiche Drahtleitungen sind unterbro-

lebt im Falle, wo bei der Ausführung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervortreten sollten, die im Plan vorgegebenen Verfahrensarten ausreichen, ohne sie zu beseitigen. Sie nimmt demzufolge Akt davon, daß unter dem Regime des neuen Planes die Befugnisse der Gläubiger nicht nach den Bestimmungen des neuen Planes beschränkt werden. Was den zweiten Teil der genannten Erklärung und die darin erwähnte Möglichkeit anlangt, so bedauert die deutsche Regierung, daß eine solche Eventualität in Betracht gezogen wird, die die deutsche Regierung für unmöglich hält. Wenn indessen eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befaßt, ob Verhandlungen der deutschen Regierung ihren Willen bekunden, Bestimmungen des neuen Planes zu zureichen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der ständige Gerichtshof darüber entscheidet. Sie erklärt, daß sie im Falle einer besagten Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt anseht, daß die Gläubigerregierung oder Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen und die Ausführung der sich aus dem neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes überstellen. Der deutsche, französische und englische Wortlaut dieser Anlage haben gleiche Beweiskraft.

Zusatz zu Artikel 4 des Schutzprotokolls: Mit Inangriffnahme des neuen Planes werden das Büro für Reparationszahlungen und die damit zusammenhängenden Stellen in Berlin aufgehoben und die Beziehungen der Reparationskommission in Deutschland finden ein Ende. Unter dem Regime des neuen Planes bleiben nur diejenigen Funktionen dieser Stellen bestehen, deren Fortbestand durch den Plan notwendig gemacht wird. Diese Funktionen werden auf die internationale Zahlungsanstalt durch Vermittlung des engeren Sonderausschusses übertragen. Die Bank wird sie unter den Bedingungen und

im Rahmen des neuen Planes gemäß den Bestimmungen ihres Statuts übernehmen. Die Rechte der Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland werden unter dem Regime des neuen Planes und durch den Plan bestimmt.

Die Einigung.

Haag, 15. Jan. Die für das Schicksal der zweiten Haager Konferenz entscheidende Frage der Beteiligung Deutschlands an dem Gründungskapital der Internationalen Zahlungsanstalt hat in der Nachmittags-Sitzung der 6 einladenden Mächte ihre endgültige Regelung gefunden. Nachdem der ursprüngliche Gedanke, eine Abänderung des Youngplans vorzunehmen, das heißt die Verpflichtung der Reichsbank zur Mitwirkung an der Internationalen Zahlungsanstalt statutenmäßig festzulegen, fallen gelassen werden mußte, erhielt in der Nachmittags-Sitzung der zweite deutsche Vorschlag die einstimmige Zustimmung der Gläubigerstaaten. Dieser Vorschlag schließt die Notwendigkeit einer Abänderung des Reichsbankgesetzes in sich. Die Mitwirkung der Reichsbank und des Reichsbankpräsidenten selbst innerhalb der Internationalen Zahlungsanstalt wird durch einen entsprechenden Zusatz erledigt. Dadurch wird für die Reichsbank und den jeweiligen Reichsbankpräsidenten der gesetzliche Zwang geschaffen, die Funktionen Deutschlands bei der Internationalen Zahlungsanstalt vorzunehmen. Diese klare und eindeutige Verpflichtung hat deshalb die vorbehaltlose Zustimmung der Gläubigervertreter gefunden, weil die deutschen Delegierten in einer protokollmäßig festgelegten Erklärung die Versicherung abgaben, daß die Funktionen des Reichsbankpräsidenten mit voller Loyalität erfüllt werden sollen. Französische Bedenken, die sich auf die Verantwortlichkeit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt bezogen, konnten nach einer kurzen Debatte beseitigt werden. Den zweiten wichtigsten Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Nachmittags-Sitzung bildete die Regelung der Sanktionsfrage, die im Wortlaut oben angegeben ist. Nach

einem harten Kampf ist es der deutschen Delegation gelungen, die Artikel 17, 18 und 130 des Verlailler Vertrags grundsätzlich unwirksam zu machen. Bisher lag es in der Macht der Reparationskommission, eine „abstufliche“ Verflechtung Deutschlands festzustellen, ohne daß dabei der deutschen Regierung die Möglichkeit geboten war, zu dem Spruch der Reparationskommission Stellung zu nehmen. Würde Deutschland gegen eine Entscheidung der Reparationskommission Einspruch erhoben haben, so hätte sich daraus eine weitere Verleugung des Verlailler Vertrages ergeben. Die erwähnten Artikel des Verlailler Vertrages legten Deutschland die Verpflichtung auf, alle Zwangsmaßnahmen über sich ergehen zu lassen und darin seinen feindseligen Akt zu erlösen. Die Haager Regelung der Sanktionsfrage scheidet nicht allein die Reparationskommission endgültig aus, sondern schafft für den Fall von Meinungsverschiedenheiten über den neuen Plan die Beseitigung aller Schwierigkeiten dadurch, daß die in dem Plan selbst vorgegebenen Schiedsverfahren zur Anwendung gelangen. Es kann also in diesem Fall von Sanktionen irgend welcher Art nicht die Rede sein.

Haag, 15. Jan. Obwohl in den osteuropäischen Reparationsfragen noch keine Einigung erzielt werden konnte, besteht bei den 6 einladenden Mächten die feste Absicht, die Haager Konferenz am Samstag nachmittag in einer Plenarsitzung zu beenden.

Hinweise.

(Hinweise dürfen sich nur auf Inzerate beziehen und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.)

Am Samstag, den 18. Januar, hält der 1. Fußball-Club Birkenfeld 08 einen Familienabend ab, der in allen Teilen die Mitglieder und Freunde der guten Sportart voll befriedigen wird. Hierauf sei heute schon hingewiesen.

Inventur- Ausverkauf

Krüger & Wolff

PFORZHEIM.

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion

Gut wie immer — billiger denn je
kaufen Sie!

Damen- u. Kinder- Konfektion

während des Ausverkaufs. Nie wieder können Sie unsere
bekannt guten Qualitäten zu derartig billigen Preisen erstehen

Die Preisermäßigung beträgt

20-60%

Unser gesamtes Lager:

Moderne Mäntel, elegante Kleider,
Kindermäntel, Pelzmäntel
Strickkleider, Morgenröcke usw.
zu unglaublich billigen Preisen!

Für die Erweiterung des O.F.-Neues Höfen (Eng) sind die **Grab-, Beton-, Maurer-, Pflaster- und Kabelegungsarbeiten** auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen vom 1. 1. 1930 bis Mittwoch den 22. 1. 30 beim Postamt Höfen (Eng) zur Einsichtnahme auf, wo auch die Unterlagen zur Angebotsabgabe unentgeltlich erhältlich sind. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf die Kabelkanalarbeiten in Höfen“ versehen bis **Donnerstag den 23. 1. 30, vorm. 11 Uhr**, beim Telegraphenbauamt Tübingen einzureichen. Verspätet eingehende Angebote finden grundsätzlich keine Berücksichtigung. Der anschließende stattfindende Angebotsöffnung können die Bewerber beinwohnen. Mit dem Angebot ist außerdem anzugeben, wo der Angebotssteller Mitglied einer Bauwerkberufungs- oder Tiefbauingenieurvereins ist.
Tübingen, den 14. Januar 1930.
Telegraphenbauamt.

Stangen-Versteigerung.

Die Gemeinde **Langensteinbach** versteigert aus ihrem Gemeindevorrat am **Montag den 20. Januar 1930** folgende Stangen:

- 3015 Baustangen I.—V. Klasse,
- 6470 Dopfenstangen I.—IV. Klasse,
- 2570 Reb- und Bohnenstücken.

Zusammenkunft **vormittags 9 Uhr** beim Rathaus.
Gemeinderat.

Zwangs-Versteigerung.

Samstag den 18. Januar 1930, nachm. 2 Uhr, werde ich in **Pforzheim** im Pfandlokal, Vestliche 44, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

Etwas 1100 Paar Herren-, Damen-, Kinder- und Arbeitsstiefel und Hauschuhe.

Die Versteigerung findet bestimmt statt.
Pforzheim, den 15. Januar 1930.
Ulgeier, Gerichtsvollzieher.

Birkenfeld.

Teile der verehelichten Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß ich an das **Telefonnetz** unter **Nr. 470** angeschlossen bin.
Gustav Heim & Sohn, Malergeschäft.

Sänger-Bereinigung „Freundschaft“ (E. V.) Neuenbürg.

Am **Samstag den 18. Januar 1930**, abends halb 9 Uhr, findet im Gasthof zum „Hirsch“ (Nebenzimmer) unsere diesjährige

Ordentl. General-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Anträge; 4. Neuwahlen; 5. Verschiedenes. Anträge sind bis Freitag den 17. Januar beim 1. Vorsitzenden schriftlich einzureichen. Zahlreichen Besuch auch der passiven Mitglieder erwartet der **Ausschuß**.

Schützen-Berein Birkenfeld.

Unsere diesjährige

General-Verammlung

findet am **Samstag den 18. Januar 1930**, abends 8 Uhr, im Hotel „Schwarzwaldrand“ statt. Tages-Ordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Anträge, Verschiedenes. Etwasige Anträge sind bis Samstag den 18. ds. Mts. beim Vorstand einzureichen.
Der Vorstand.

Zentralkrankenkasse der Gold- u. Silberarbeiter Verwaltungsstelle Birkenfeld.

Am **Sonntag den 19. Januar 1930**, mittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Röhle“ unsere jährliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Kassen- und Revisionsbericht; 3. Wahlen; 4. Verschiedenes. S. A.: Vorstand Karl A. Roth.
Birkenfeld.

Empfehle mich der verehel. Einwohnerschaft von hier und Umgebung im

Blumen- u. Kranzbinden

sowie **Anlegen von Gärten** jeder Art, **Baumschneiden** und **Amproffen** bei sachmännischer Bedienung und billigster Berechnung und bitte höflichst um gütige Unterstützung.
Friedr. Bester, Gärtner.

Volkshrecht-Partei (Sparerbund) Ortsgruppe Neuenbürg.

Einladung.

Am **Sonntag den 19. Januar**, 7 Uhr abends, findet im Gasthaus zum „Bären“ hier eine

öffentliche Volksversammlung

statt. Tagesordnung: „Staats- und Rechtskrise. Wirtschafts- und Volksnot. Wege der Selbsthilfe.“
Redner: Landtagsabg. Oberstud.-Dir. Bauer.
Alle Kreise der Bevölkerung, Männer und Frauen, sind freundlichst eingeladen.

Birkenfeld.

Eine **Ruh** 

mit dem zweiten Kalb ist zu verkaufen
Hauptstraße 62.

Fleißiges **Mädchen**

für Hausarbeit und zum Servieren wird gesucht auf 1. Februar.

Pension Kraft, Schömburg, O. A. Neuenbürg.
Auf 1. Mai 1930 wird die Stelle als

II. Verkäuferin

frei. Mädchen im Alter von 17 bis 25 Jahren aus nur achtbarem Hause, nur in Schömburg wohnhaft, wollen sich melden. Der Eintritt kann schon auf 1. März od. 1. April erfolgen.
Feinbäckhaus Burkhardt, Schömburg.



I.F.C. 08
Birkenfeld.

Sportplatz bei der „Sonne“
Sonntag, 19. Jan. 1930, nachm. 1/3 Uhr,
Bezirksligaspiel
1. F. C. Birkenfeld gegen
Spielvereinigung
Schramberg.

Vorher Spiel der unteren Mannschaften.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die P. in Osts- und Oberamt
zerlegt, sowie im Jan.
ml. Verk. M 1.80 m. Po-
stschiff. Preise frei
Preis einer Nummer
10 J.

In Füllen hsh. Oromo
besteht kein Anspruch
Erferung der Zeitung
auf Rückzahlung d.
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen
Poststellen, sowie Ag-
uren u. Ausdrucker
jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr.
1111
O. A. Speckh. Neuenbürg

16 13.

Berlin

Berlin, 16. Jan. D. zwar im großen ganzen gemacht wurden, haben bekannt werden, in Verrecht desirierenderen, Biers 2 Punkte, gegen eine: daß der Sanktionsdurch nicht näher definiert, den neuen Vertrag, Berichtshof, sagt man händen ist? Und ein zu Gläubiger, sondern jeden zur Vertragsverteilung ist die Annahme eines Voraussetzungen aufgeben. Die beiden Beitritt gehen über das Maß der gemacht hatte. Insofern van dem Wortlaut des stirkung Kenntnis genot

Sehr seltsame Dinge zu berichten, die Dr. W. Sanktionsformel gespielt, kanzier Snowden sein G aus einer einzelnen M. Deutschland gegeben we der politische Standvun verschieben, daß auch ein Klageerhebung haben m und soll der Auffassung beigetreten sein: Wenn dann müsse er eben auch den schließlich überbracht erland dieser Auffassung i zurückziehen.“ Diese Sazn abgelehnt hat, wird in dargestellt und geht off Briefschets zurück. Vor die Darstellung den T schwer vorstellen, daß die offenbar auf eine K gefährlichen Bestimmung durchkreuzt haben könnte

Die Beurteilung der Morgenpresse ist sehr un damit brüftet, diese Pro gefast zu haben, begnüg frage“ zu konstatieren. inner Tageblatt“, das die punkt aus zufriedenheit Zeitung“ läßt sich auf ein nicht ein. Es genügt ih Weg geschafft ist. Etwa maria“ ein. Sie findet bemüht sich aber dann t welchen sie darin erblickt, besonderen Rechts befrei auch mit seinem Rechts allgemeinen Rechts“ sieb liche vorstellen mag. I befindet, ist sich in der einig, „Kolle Kapital“ „Absolut ungenügend“, r lage des Youngplans fei tung hinzu und die D bira hat das Wort.

D. A. R.: „Im ganz das zweifellos einen m liche Strafregeln erschw hen einen privaten Wert Gläubiger sichert sich m Nicht viel anders urteilt zu der Feststellung genöt aussieht, man ihn unmi nennen könne. Der H Dong nicht abgeschlossen werden und es ist die B landen können.“

Als Erstvorzug d Verhandlungen über de der Konflikt zwischen der Dong vorläufig beigeleg gen werden soll. Darau eine Aenderung der bi national nicht gebunden zuschlagen, der die West Generalrats und des Re Wege der Reichsregieha Entwurf eine Abänder die jetzt im Amt befindl der Neierennung unter neuen deutschen Mitgl ortierung, sondern dar daß die Amtzeit des R. Inkrafttretens des Geses

Kommunistische Abg Berlin, 15. Jan. 7 die im Laufe des Nachm

